

21. Oktober 2022

KW 42: Doppelpack: Corona- und Energiekrise überfordern den Kulturbereich

Themen im Newsletter:

1. Doppelpack: Corona- und Energiekrise überfordern den Kulturbereich
2. Kulturpolitischer Salon: Große Kunst und gute Arbeitsbedingungen, wie gelingt beides?
3. Einladung: 8. November „Macht, Autorität und Gewalt in Kultur und Kirche“
4. Ausblick: Politik & Kultur 11/22
5. Bundesweiter Vorlesetag am 18. November
6. Dossier „Yes we can! – Frauen in Führung
7. Equal Pay Day Kampagne 2023 | Netzwerkveranstaltungen
8. Text der Woche: „Ein Ort der Vergangenheit und der Zukunft“ von Katrin Budde

Sehr geehrte Damen und Herren,

der gesamte Kulturbereich, öffentliche und private Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler, Kulturvereine, Kulturunternehmen, befindet sich in einer Ausnahmesituation. Zweieinhalb Jahre Corona-Pandemie haben – trotz vieler, sehr positiver Unterstützungsprogramme – verheerende Spuren hinterlassen. Die Pandemie ist nicht vorbei. Hinzukommt die Energiekrise, die sich bereits seit diesem Frühjahr ankündigt und nun konkret wird.

Was dies konkret für den Kulturbereich heißt, hat der Deutsche Kulturrat in einer Blitzumfrage bei den 264 Bundeskulturverbänden und -organisationen, die in den acht Sektionen des Deutschen Kulturrates organisiert sind, erfragt. Wir wollten wissen, welchen Anteil die Energiekosten an den Gesamtausgaben haben, um welchen Anteil die Kosten im Vergleich zum Jahr 2019 bereits gestiegen sind oder voraussichtlich steigen werden, ob die gestiegenen Energiekosten weitergegeben werden können, ob und wie Energieeinsparungen, wie von der Politik verlangt, von 20 Prozent erbracht werden können, inwiefern ein Investitionsbedarf besteht, um Energieeinsparungen realisieren zu können, welche Erwartungen an einen Sonderfonds Energie gerichtet werden und wie die Zukunft eingeschätzt wird.

Geantwortet haben Verbände und Organisationen aller künstlerischen Sparten und aller Sektoren des kulturellen Lebens, also öffentliche und private Kultureinrichtungen, Kulturvereine, Künstlerinnen und Künstler sowie Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft.

21. Oktober 2022

Düstere Aussichten

Bei den Antworten zu den Zukunftsaussichten herrschten die düsteren Aussichten vor. Zusammenfassend ist die Situation durch Folgendes gekennzeichnet:

- die Pandemie hat zu massiven wirtschaftlichen Einbrüchen geführt, sodass keine wirtschaftliche Substanz vorhanden ist, um Kostensteigerungen aufzufangen,
- das Publikum ist noch nicht in dem Maße zurückgekehrt, wie es vor der Pandemie der Fall war,
- die Etats der öffentlich geförderten Einrichtungen sind so eng, dass erhebliche Kostensteigerungen nicht aufgefangen werden können,
- das ehrenamtliche Engagement ist durch die Einschränkungen wegen Corona vielfach erlahmt, da wenig Gelegenheiten zur Begegnung bestanden und viele Aktivitäten über einen längeren Zeitraum ausfielen, was sich insbesondere auf die Gewinnung von Nachwuchs auswirkt,
- die Energiekrise wirkt sich nicht nur unmittelbar auf die Strom- und Energiekosten aus, sondern ebenso auf die Kosten von Vorprodukten, die unmittelbar den gesamten Kulturbereich belasten,
- es werden weniger Aufträge an Dienstleister aus der Kulturbranche vergeben, weil andere Unternehmen, aber auch öffentliche Kultureinrichtungen sparen müssen,
- die ohnehin schon geringen Honorare im Kulturbereich sinken weiter.

Sparen, Sparen, Sparen!

Selbstverständlich spart die gesamte Kulturbranche Energie ein, wo dies möglich ist. (Hier finden Sie die gesammelten Vorschläge zum Energiesparen aus dem Kulturbereich für den Kulturbereich.)

Als Problem stellt sich aber, dass dies gar nicht so einfach ist. Vielen öffentlichen Kultureinrichtungen oder auch Institutionen der kulturellen Bildung wird ein beleuchtetes, geheiztes und klimatisiertes Gebäude von den Kommunen gestellt. Einsparungen bei der Heizung sind durch das Senken der Temperatur möglich, die Heizungsanlage selbst kann aber ebenso wenig beeinflusst werden wie die Beleuchtung. Bei Temperaturabsenkungen sind die klimatischen Rahmenbedingungen mit Blick auf den Schutz von wertvollem Kulturgut zu beachten. Darüber hinaus darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, dass eine starke Absenkung der Raumtemperatur beispielsweise bei Tänzerinnen und Tänzern zu einem erheblichen Verletzungsrisiko führt.

Viele Kulturorte sind Mieter, d. h. sie haben sowohl was die Wahl der Wärmeversorgung angeht als auch den Zustand der Heizungsanlage kaum Einflussmöglichkeiten. Auch die Beleuchtung ist teilweise Mietgegenstand. Bei Veranstaltungen werden sehr oft ohnehin

21. Oktober 2022

Räume angemietet, sodass auch hier auch nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten vorhanden sind.

Bei vielen denkmalgeschützten Gebäuden, in denen Kultureinrichtungen zuhause sind, bestehen gesetzliche Einschränkungen, eine ausreichende Dämmung oder einfach die Installation von Photovoltaikanlagen auf dem Dach sind in der Regel nicht erlaubt. Hinzukommt der über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte aufgebaute Investitionsstau gerade bei der energetischen Sanierung.

Deutlich wurde bei der Befragung auch, dass viele Künstlerinnen und Künstler, aber auch Kulturunternehmen oder Kulturvereine alte, teils marode Gebäude nutzen. Hier ist es besonders schwer bis nahezu unmöglich, sparsam mit Energie umzugehen.

Aus diesen, hier zusammengefassten Gründen, fällt es einem nicht zu vernachlässigenden Teil der Befragten schwer, die geforderten 20 Prozent Energieeinsparung zu erbringen – auch wenn die Bemühungen erheblich sind. Diejenigen, die in den letzten Jahren investieren konnten, profitieren nun davon. Insbesondere die Umstellung der Beleuchtung auf LED hat erhebliche Einspareffekte von bis 80 Prozent der Stromkosten.

Die Mehrzahl der Befragten gab an, dass die Stromkosten etwa einen Anteil von bis zu 5 Prozent an den Gesamtkosten ausmachen und die Gaskosten bis 10 Prozent. Es wird von Kostensteigerungen von bis zu 300 Prozent ausgegangen. Vielfach können allerdings noch keine verlässlichen Aussagen getroffen werden, da noch keine Informationen zu den künftigen Kosten vorhanden sind. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die aktuellen Abschlagszahlen an Strom und Gas am Verbrauch des zweiten Halbjahrs 2021 bzw. ersten Quartal 2022 orientieren. In diesem Zeitraum waren viele Kultureinrichtungen und Kulturunternehmen geschlossen, d. h. die Abschläge orientieren sich an einer untypischen Nutzung mit einem Verbrauch, der einem »Normalbetrieb« nicht entspricht. Bei den neuen Abschlagszahlungen wird der Normalbetrieb zugrunde gelegt und sie werden daher vermutlich noch höher ausfallen als sie aufgrund der gestiegenen Energiekosten sein müssten. Gleichfalls wird mit beträchtlichen Nachzahlungen gerechnet.

Unisono wurde geantwortet, dass eine Weitergabe von Kosten an die Nutzerinnen und Nutzer, Besucherinnen und Besucher oder Käuferinnen und Käufer nicht möglich ist. Als Gründe wurde angegeben, dass ohnehin um das Publikum gekämpft wird und eine Erhöhung der Eintrittspreise die Situation weiter verschärfen würde. Auch soziale Aspekte wurden genannt und darauf hingewiesen, dass sich das Angebot an breite Bevölkerungsschichten richten und eben nicht elitär sein soll und darum Kostensteigerungen nicht der richtige Weg ist.

Zusagen einhalten

21. Oktober 2022

In mehreren Beschlüssen der Kulturministerkonferenz und der Kulturstaatsministerin sowie des Bundeskanzlers und der Regierungschefs der Länder wurde schriftlich niedergelegt, dass der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen, der noch nicht ausgeschöpft ist und Ende dieses Jahres ausläuft, zu einem Kulturfonds Energie weiterentwickelt wird. Im letzten Beschluss des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten war zusätzlich die Rede davon, dass ggfs. weitere Maßnahmen zum Schutz der Kultur ergriffen werden sollen.

Um die Energiekrise, die nach Aussagen von Expertinnen und Experten bis Frühjahr 2024 andauern wird, nachhaltig zu meistern, sind Investitionen im Kulturbereich dringend erforderlich. Die pandemiebedingten Investitionen im Rahmen des Programms NEUSTART KULTUR belegen, dass teilweise mit relativ überschaubarem Einsatz erhebliche Wirkungen erreicht werden können. Ganz unabhängig von den gegenwärtig exorbitanten Energiepreisen ist es unerlässlich, dass Kulturorte ökologisch nachhaltiger werden. Die Bereitschaft ist vorhanden. Ein echter Green Deal braucht aber mehr als nur schöne Worte, er braucht Investitionen. Angesichts des über Jahre aufgebauten Investitionsstaus darf nicht länger zugewartet werden.

Vom Kulturfonds Energie erwarten die befragten Kulturorganisationen, dass sie eine Unterstützung für Energiekosten, für Nachzahlungen und für Investitionen erhalten. Wie hoch die Restmittel aus dem Sonderfonds Kultur genau sein werden, ist, da er noch bis Dezember 2022 läuft, noch nicht genau zu beziffern. Es wird aber vermutlich eine beträchtliche Summe zwischen 1,7 und 1,8 Milliarden Euro sein. Hiervon sollten, wie ich für den Deutschen Kulturrat im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages vorstellen durfte, 800 Millionen für Energiekosten und Nachzahlungen sowie eine Milliarde für energetische Investitionen verwandt werden (Information zur Reaktion der Kulturstaatsministerin Roth finden Sie [hier](#)).

Mit Blick auf die prognostizierte Dauer der Energiekrise und die aus ökologischen Gründen dringend erforderlichen Einsparungen von Energie ist dies gut angelegtes Geld, das sich mehr als rentieren wird.

Darüber hinaus muss die öffentliche Förderung den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Bund, Länder und Gemeinden werden tiefer in die Taschen greifen müssen, um die kulturelle Infrastruktur zu sichern.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde formuliert, dass die Vielfalt der Kultur gesichert werden soll. Jetzt kommt, im Doppelkrisenwinter, die Nagelprobe, ob dies eine schöne Floskel oder eine Handlungsanleitung ist.

Die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker von Bund und Länder und besonders Kulturstaatsministerin Claudia Roth sind jetzt gefordert.

21. Oktober 2022

Ihr

Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates
twitter.com/olaf_zimmermann

PS. In der kommenden Woche bin ich im Urlaub. Mein nächster „Kulturpolitischer Wochenreport“ erscheint deshalb erst am 04. November.

2. Kulturpolitischer Salon: Große Kunst und gute Arbeitsbedingungen, wie gelingt beides?

Zehntausende Künstlerinnen und Künstler in Deutschland können kaum von ihren Einnahmen leben und müssen dabei ihre soziale Absicherung und ihrer Altersvorsorge vernachlässigen.

Die Kulturministerkonferenz hat nun die Weichen für eine fairere Honorierung von Künstlerinnen und Künstlern gestellt. Damit wurden die Voraussetzungen für eine Neubewertung künstlerischer Leistungen geschaffen.

Das neue Verfahren zur Ermittlung der Honorare von Künstlerinnen und Künstlern soll künftig Faktoren wie den Arbeitsprozess oder den zeitlichen und organisatorischen Aufwand mit einbeziehen, die bisher nicht berücksichtigt wurden. Damit erkennen die verantwortlichen Kulturministerinnen und -minister der Länder das Recht von Künstlerinnen und Künstlern auf faire Bezahlung an. Denn bisher arbeitet die Mehrzahl der Bildenden Künstler, Schriftsteller, Regisseure, Schauspieler und Sänger unter prekären Bedingungen, es fehlen eben Regelungen, mit denen sie faire Bezahlung und Honorierung fordern oder gar einklagen können.

Aber ebnet die Einigung der Kulturministerkonferenz tatsächlich einer grundsätzlichen Neubewertung künstlerischer Arbeit den Weg? Wird sie der Prekarisierung künstlerischer Arbeit Einhalt gebieten? Ermöglicht sie es Künstlerinnen und Künstlern wirklich, ihr Leben über ihre aktuellen Projekte hinaus längerfristig zu planen?

Es diskutieren:

- **Claudia Schmitz**, Geschäftsführende Direktorin Deutscher Bühnenverein
- **Frauke Meyer**, Musiktheater-Regisseurin und künstlerische Projektleiterin des

21. Oktober 2022

Frauenkulturbüros NRW

- **Gabriele Schulz**, Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrats
- **Dr. Alexandra Manske**, Soziologin an der Universität Hamburg

Moderation: **Hans Dieter Heimendahl**

- **Hören Sie die Diskussion vom 11.10.2022 im Deutschen Theater Berlin jetzt hier nach.**

Der Kulturpolitische Salon ist eine Kooperation von Deutschlandfunk Kultur, dem Deutschen Bühnenverein, dem Deutschen Kulturrat und dem Deutschen Theater Berlin.

3. Einladung: 8. November „Macht, Autorität und Gewalt in Kultur und Kirche“

Datum

08.11.2022, 19:00 Uhr

Ort

St. Matthäus-Kirche
Matthäikirchplatz
10785 Berlin

Eintritt frei, keine Anmeldung erforderlich.

Künstlerische Autorität ist notwendig für künstlerische Prozesse. Was aber, wenn diese Macht missbraucht wird? Im Bereich der Kirche stellt sich diese Frage ähnlich, aber auch anders: Geistliche Autorität führt auch hier zur Verleihung von organisatorischer Macht, aber typischerweise in einer Organisation, zu deren Grundsätzen soziale Gerechtigkeit und Stärkung der Schwachen gehört.

Die Debatten um Macht und Missbrauch in Kultur und Kirche wollen wir verbinden und erörtern, welche Fehler wir in der Organisation immer wieder machen und worauf wir achten sollten.

Es diskutieren:

- **Prof. Dr. Johann Hinrich Claussen**, Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in

21. Oktober 2022

Deutschland (EKD)

- **Maren Lansink**, Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt in der Kulturbranche
- **Ivana Rohr**, Künstlerin

Moderation: **Dr. Hans Dieter Heimendahl**, Deutschlandfunk Kultur

Die Veranstaltungsreihe findet in Kooperation mit dem Deutschen Kulturrat, der Initiative kulturelle Integration, dem Kulturbüro der EKD und Deutschlandfunk Kultur statt und wird aufgezeichnet.

- Das Gespräch wird am Sonntag, den 13.11.2022, um 01:05 Uhr auf Deutschlandfunk Kultur in der Sendung „Diskurs“ ausgestrahlt. Danach kann es jederzeit abgerufen werden.

4. Ausblick: Politik & Kultur 11/22

In der Ausgabe 11/22 widmet Politik & Kultur, die Zeitung des Deutschen Kulturrates, dem Thema „**Museen der Zukunft - Zukunft der Museen**“ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Museumsbund einen ausführlichen Schwerpunkt.

Fragen, mit denen wir uns im genannten Schwerpunkt befassen werden, sind unter anderem: Welche Aufgaben hat das Museum heute - von Präsentation über Bildung bis Forschung und mehr? Wie sieht das Museum der Zukunft aus? Welche Rolle spielt dabei die Digitalisierung? Wie können Museen nachhaltiger werden? u.v.m.

5. Bundesweiter Vorlesetag am 18. November

Bereits seit 2004 ist der Bundesweite Vorlesetag Deutschlands größtes Vorlesefest und begeistert auf gemeinsame Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung als öffentliches Zeichen alljährlich am dritten Freitag im November Kinder und Erwachsene für die Bedeutung des Vorlesens.

Am **18. November 2022** findet der Bundesweite Vorlesetag bereits zum 19. Mal statt. Hierzu wird der Aktionstag in diesem Jahr unter das Jahresmotto „Gemeinsam einzigartig“

21. Oktober 2022

gestellt und gemeinsam mit allen Zuhörerinnen und Zuhörern die Vielfalt unserer Gesellschaft als alltägliche Bereicherung und verbindendes Element gefeiert. Dabei lässt das Motto viel Freiraum für die eigene Gestaltung – sei es mit mehrsprachigen Geschichten, Erzählungen über ungewöhnliche Charaktere oder außergewöhnliche Vorlesesituationen. Die dazu passenden Buchtipps werden geliefert.

- **Weitere Informationen und Anmeldung hier.**
-

6. Dossier „Yes we can! - Frauen in Führung

Gerade im Kulturbereich gibt es viele Frauen in Führung – und das schon seit Langem, aber es könnten und es müssten noch viel mehr sein.

Das Dossier „Yes we can! - Frauen in Führung“, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler, rückt auf 56 Seiten das Thema Frauen in Führung im Kulturbereich in den Mittelpunkt. Es schildert auch die sich Frauen immer noch stellenden Herausforderungen und blickt mit Expertinnen und Experten auf Lösungswege.

Denn Frauen in Führung müssen noch stärker in das Bewusstsein gerückt und als positive Beispiele herausgestellt werden.

- **Lesen Sie das Dossier im kostenlosen PDF-Format hier.**
 - **Lesen Sie alle Beiträge auch auf der Webseite Frauen in Kultur & Medien.**
 - **Kaufen Sie das gedruckte Exemplar für 4.20 Euro hier.**
-

7. Equal Pay Day Kampagne 2023 | Netzwerkveranstaltungen

Die strukturellen Ursachen, die in Kunst und Kultur zu dem eklatanten Gender Pay Gap von über 30 Prozent führen, zeigen wie durch ein Vergrößerungsglas die gleichen strukturellen Ursachen, die gesamtgesellschaftlich ergeben, dass Frauen im Schnitt 18 Prozent weniger verdienen. Unter dem Motto „Die Kunst der gleichen Bezahlung“ präsentiert die Equal Pay Day Kampagne Lösungsmöglichkeiten für mehr Lohngerechtigkeit in Kunst und Kultur, die wegweisend für die gesamte Arbeitswelt sind.

21. Oktober 2022

In den **digitalen Netzwerkveranstaltungen** am **15. und 21. November** werden einige spannende Aktionen vorgestellt und gemeinsam neue Aktionsideen entwickelt. Außerdem können Sie sich informieren, wie Sie kooperierende Organisationen finden, Inhalte für Social Media erstellen und sich mit anderen Mitstreitenden zum Ideenaustausch vernetzen.

- **Zum Programm und zur Anmeldung**
- **Hier kann das Kick-Off Event zum Kampagnenstart auf YouTube nachgeschaut werden.**

Die Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates Dagmar Schmidt hat mitdiskutiert.

8. Text der Woche: „Ein Ort der Vergangenheit und der Zukunft: Das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ von Katrin Budde

In 2019 und 2020 jährten sich die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit zum 30. Mal. Die Bundesregierung setzte im April 2019 durch Kabinettsbeschluss die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ unter Vorsitz von Ministerpräsident a. D. Matthias Platzeck ein. Ich gehörte dieser Kommission an. Durch die Coronapandemie konnten zwar in den Jubiläumsjahren viele der Begegnungen, Veranstaltungen und Erfahrungsaustausche nicht wie gedacht und geplant stattfinden, aber dass das stattfinden konnte, war eine gute Erfahrung. Die Kommission hat im Dezember 2020 einen 224-seitigen Abschlussbericht zu den Jubiläumsjahren vorgelegt mit Vorschlägen für die Bundesregierung, wie sie die Erfahrungen aus den Jubiläen nutzen kann. Einer der wichtigsten und weitreichendsten Vorschläge ist die Empfehlung, ein „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ zu errichten.

Katrin Budde ist Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag.

- [Lesen Sie den ganzen Text hier!](#)

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat